

# Hartz IV wird bleiben

## Sozialpolitisches Forum aber für Nachbesserungen

Von Sven Loerzer

Ganz gleich, ob die Union oder SPD und Grüne die neue Bundesregierung stellen werden, eines ist sicher: Hartz IV, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, bleibt. Beim Sozialpolitischen Forum herrscht breite Übereinstimmung, dass die Arbeitsmarktreform „sinnvoll“ ist, wie CSU-Bundestagsabgeordneter Johannes Singhammer betont, und „richtig“, wie SPD-Bundestagskandidatin Brigitte Meier meint.

Singhammer befürchtet, dass „Hartz IV zum Scheitern verurteilt ist, wenn das Angebot an offenen Stellen nicht steigt“. Ohnehin bereite das Zusammentreffen von zwei unterschiedlichen „Verwaltungskulturen“ in der von Stadt und Arbeitsagentur gegründeten Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung München (Arge) Probleme. Dagegen behauptet Brigitte Meier: „Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat auf administrativer Ebene hervorragend geklappt.“ Angesichts des öffentlich wahrnehmbaren Knirschens in der Zusammenarbeit zeigt sich Diskussionsleiter und Forumsvorstand Bernd Schreyer erstaunt: „Das klingt alles ganz wunderbar.“ In die Lobeshymne will der Arge-Geschäftsführer Michael Baab nicht einstimmen: „Es ist zu früh, Bilanz zu ziehen, wir befinden uns auf einer Baustelle.“ Noch immer binde das mit vielen Problemen behaftete bundesweite EDV-System viel zu viele Kapazitäten, „die wir für die Arbeit am Kunden bräuchten“.

Die Armutsexpertin Sabine Walper sieht im Hinblick auf Familien mit Kindern Nachbesserungsbedarf. Denn gerade in der Bundesrepublik seien die Bildungschancen der Kinder besonders stark vom Bildungsniveau und der finan-

ziellen Lage der Eltern abhängig. Viele Probleme ließen sich durch die Ganztagschule lösen, aber nur wenn dort verlässliche pädagogische Qualität geboten werde: „Das kostet richtig viel Geld.“ Walper fordert unter anderem, das durch Zeitungsaustragen verdiente Taschengeld der Kinder nicht auf das Arbeitslosengeld II anzurechnen, weil dies die Eigeninitiative unterlaufe. Baab tritt außerdem dafür ein, dass – wie früher bei der Sozialhilfe – Nachhilfestunden für Kinder bezahlt werden.

Für die Grünen bekundet der Bundestagsabgeordnete Jerzy Montag die Bereitschaft, „jederzeit nachzubessern“ und den „Umbau als lernendes System“ zu begreifen. Ebenso müsse über die Höhe des Regelsatzes – 345 Euro monatlich in den westlichen Bundesländern – grundsätzlich diskutiert werden: „Der jetzige Satz ist als armutsfestes Minimum zu wenig.“ Gerade für das teure München sei der Regelsatz „sehr, sehr knapp – da müsste man etwas drauflegen“, befindet auch Baab, der sich deshalb dafür ausspricht, wieder, wie früher bei der Sozialhilfe, die regionale Anpassung zu ermöglichen. Brigitte Meier spricht sich ebenfalls dafür aus und regt an, als Basis für den Regelsatz 410 Euro festzulegen, wie vom Paritätischen Wohlfahrtsverband vorgeschlagen. Singhammer dagegen kann sich wegen der Finanzlage mit einer allgemeinen Erhöhung nicht anfreunden: „Ich habe eher Sympathie für eine Regionalisierung.“

Hartz IV soll bleiben, da sind sich die Politiker einig. Auch wenn der Sozialwissenschaftler Gotthard Schwarz mit Blick auf die Affäre bei VW und mögliche Verstrickungen des Initiators der Arbeitsmarktreform sagt: „Jetzt diskreditiert sogar der Name das ganze Unterfangen.“

St, 29.7.05